

Bericht aus der Kreistagsfraktion

Es gilt das gesprochene Wort

Bei den Kommunalwahlen 2014 konnten wir die Stärke der Fraktion beibehalten und die SPD ist wieder mit 12 Sitzen im Kreistag vertreten.. Das ist sehr erfreulich, da das veränderte Zählverfahren auch dazu hätte führen können, dass wir einen Sitz verlieren. Das neue Zählverfahren hat aber dazu geführt, dass wir in den Ausschüssen mit einem Sitz mehr vertreten sind. So auch im Kreisausschuss.

Aktuell vertreten die Fraktion im Kreisausschuss: Uwe Raab, Harald Schlegel und ich.

Uwe Raab ist gleichzeitig auch zum weiteren Stellvertreter des Landrates gewählt worden.

Ebenso erfreulich war das Wahlergebnis unserer Landratskandidatin Connie Herm, die mit einem Ergebnis von mehr als 27 % mehr als einen Achtungserfolg erzielt hat. Umso bedauerlicher ist, dass sie auf Grund von Veränderungen in ihrem Privatleben bei den nächsten Wahlen nicht mehr zur Verfügung stehen kann.

Es gilt also schon jetzt über mögliche Kandidatinnen oder Kandidaten nachzudenken.

Als KreisSPD sind wir bei den Wahlen 2014 angetreten um für den Landkreis eine nachhaltige Kommunalpolitik zu verwirklichen. Wir wollen die soziale, ökologische und ökonomische Ausrichtung des Landkreises dergestalt, dass auch künftige Generationen hier noch einen lebens- und liebenswerten Landkreis vorfinden. Freizeitangebote aber auch Arbeits- und Schulwelt müssen so gestaltet werden, dass der Mensch und sein Leben im Mittelpunkt stehen.

Es ist von besonderer Bedeutung dabei auf die veränderte Zusammensetzung der Bevölkerung einzugehen.

So haben wir begonnen unser Wahlprogramm umzusetzen.

Unsere ersten Anträge im Kreistag bezogen sich auf die Umsetzung des Jugendhilfeprogrammes, die Erstellung eines Seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes sowie die Weiterentwicklung und Umsetzung des Konzeptes Landkreis Bayreuth 2020. Anfragen in Bezug auf die unterschiedlichsten Aufgaben und die notwendigen Besetzungen diverser Managements und zur Fortentwicklung des überörtlichen Gerätebeschaffungsplanes wurden eingebracht. Die Anträge wurden vom Kreistag verabschiedet und befinden sich nunmehr in der Umsetzungsphase. Anfragen wurden beantwortet und werden weiter von uns gestellt.

Zum Sachstand ist Folgendes zu sagen:

◆ Antrag Seniorenpolitisches Gesamtkonzept:

Die Kreisverwaltungsbehörden sind zur Errichtung eines Seniorengesamtkonzeptes gem. Art. 69 AGSGB verpflichtet. Der Landkreis Bayreuth ist eine der wenigen Kommunen die noch kein Konzept erstellt haben. Das SPGK ist die Fortschreibung des früheren Landesaltenplanes. Es dient dazu die Lebensverhältnisse der Senioren so zu sichern, dass ihnen ein selbstbestimmtes Leben und die Teilhabe am öffentlichen Leben möglich sind. Dazu gibt es verschiedene Grundsätze, wie zum Beispiel „ambulant vor stationär“.

◆ Die kommunale Seniorenhilfeplanung ist erforderlich, um Weiterentwicklungsmöglichkeiten aufzuzeigen, die flächendeckende Daseinsversorgung der Senioren zu sichern, aber auch um die bereits bestehenden Angebote zu vernetzen und publik zu machen

Das Konzept verhindert aber auch Fehlentwicklungen und bringt daher Einsparungen für die Kommunen. Es soll als Orientierungsrahmen für die Landkreismunicipien dienen.

Mit Antrag vom 11.10.2014 hat die Fraktion den Antrag auf Entwicklung des Konzeptes gestellt. Der Antrag wurde bereits in der Sitzung vom 24.11.2014 behandelt und einstimmig angenommen. Das Konzept wird von einem noch auszuwählenden Fachinstitut erarbeitet. Die Bearbeitungsdauer wird ca. 2 Jahre dauern (wichtig, da die Daten im Wege der kleinräumigen Bevölkerungsprojektionen und Bedarfsprognosen erarbeitet werden soll und die Daten nach zwei Jahren an Aktualität verlieren).

Hier gilt es immer wieder seitens der Fraktion nachzufragen, wie der Sachstand ist. Das werden wir natürlich tun!

◆ Antrag auf Jugendhilfekonzept

Die Anfrage der SPD Fraktion am 11.8.2014 hat zur Beratung der Jugendhilfe im Kreistag und dem zuständigen Ausschuss geführt.

Die Jugendhilfeplanung ist auf Grund der gesellschaftlichen Entwicklungen unbedingt erforderlich. Die Kosten, die der Kreis für die Jugendsozialarbeit aufbringen muss, explodieren geradezu. Mit einer rechtzeitigen Betreuung der Jugendlichen kann hier viel abgefangen werden.

Der entsprechende Beschluss des Kreistages lautet:

„Der Kreistag des Landkreises Bayreuth beschließt, mit der Jugendhilfeplanung im Landkreis Bayreuth zu beginnen und beauftragt die Verwaltung, ein Fachbüro auszuwählen und mit der Erstellung der Grunderhebung zu betrauen, die dafür notwendigen Mittel in den Haushaltsplan für das Jahr 2015 einzustellen sowie einen Mitarbeiter des Jugendamtes im Umfang einer halben Vollzeitstelle mit der Wahrnehmung der Aufgaben der Jugendhilfe zu betrauen.“

◆ Antrag auf Weiterführung und Umsetzung des Konzeptes „Landkreis Bayreuth 2020“.

Bereits 2008 wurde dem Kreistag das Konzept Perspektive 2020 vorgelegt. Das Konzept beschäftigt sich mit den Weichenstellungen, die erforderlich sind, um den Landkreis

zukunftsfähig zu gestalten.

Auf dieser Grundlage wurden von der Verwaltung Aufgaben in Angriff genommen, aber eine Berichterstattung im Kreistag ist nicht erfolgt. Des Weiteren war und ist nicht ersichtlich, in wie weit diese Aufgaben konzertiert von den einzelnen Abteilungen in Angriff genommen werden. In den letzten beiden Jahren wurde durch die AG Einsparungen im Haushalt festgestellt, dass es zu Mehrfacharbeiten gekommen ist, da eine Abstimmung nicht erfolgt ist.

Letztendlich dauerte es trotz mehrfacher Nachfragen durch den Fraktionsvorsitzenden bis November bis der Antrag behandelt wurde.

Mit folgendem Ergebnis:

Es wird ein interfraktioneller Arbeitskreis (Koordination: Regionale Entwicklungsagentur) – jeweils 2 Mitglieder aus den Fraktionen gebildet. Anschließend erfolgt die Festlegung der Handlungsfelder, aus denen ein konkreter Maßnahmenkatalog erarbeitet wird (Entwicklungen die erforderlich sind aber auch Entwicklungen, die keines Falls stattfinden sollen) Dieser wird durch den Kreistag verabschiedet. Der Maßnahmenkatalog bildet einen verbindlichen Handlungsrahmen für die Verwaltung, die den Katalog umsetzen muss.

Vom Kreistag verabschiedete Anträge und von der Verwaltung abschließend behandelt

◆ Klinikum Informationsrecht des Kreistages

Dieser Antrag wurde von uns bereits 2014 gestellt. Allerdings hat die Beantwortung unseres Antrages bis vor wenige Wochen gedauert. Letztendlich wurde aber unsere Rechtsauffassung von den Juristen des Landkreises bestätigt. Wenn auch in nichtöffentlicher Sitzung, so haben die Entsendegremien einen Anspruch auf Information, der nur wenige Themen, wie zum Beispiel Personalentscheidungen ausnimmt.

◆ Antrag auf Resolution zu Resolution TTIP und CETA

Nicht nur kommunale Themen wie Feuerwehrwesen, Straßenbau und öffentlicher Nahverkehr beeinflussen, das Leben vor Ort. Auch die Europäische Politik kann unser Leben massiv beeinflussen. Unmittelbarer als man denkt.

Bei der Verabschiedung der beiden Freihandelsabkommen TTIP und CETA steht zu befürchten, dass die kommunale Daseinsvorsorge in ihren wesentlichen Bereichen eingeschränkt wird. So können die Entscheidungen der Schiedsgerichte aber auch das Verbot der Rekommunalisierung die Kommunen in ihren Kernbereichen treffen. Daher hat die Fraktion den Antrag auf eine Resolution eingebracht, dass die kommunalen Spitzenverbände in die Verhandlungen miteinbezogen werden, um die kommunalen Interessen zu wahren. Der Antrag wurde vom Kreistag einstimmig angenommen.

◆ Antrag bezügl. Kreislaufwirtschaftsgesetzes und der Verpackungsverordnung

Ein ähnliches Problem wie bei TTIP und CETA kann sich ergeben, wenn das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz und die Novellierung der Verpackungsverordnung in der Form

verabschiedet wird, wie es im Eckpunktepapier vorgelegt worden ist. Aus diesem Papier ergibt sich eindeutig, dass die Kommunen die Lasten tragen sollen und die privaten Verwerter die Rosinen bei der Wiederverwertung von Wertstoffen erhalten sollen. Das wiederum würde aber zu einer massiven Erhöhung der Müllgebühren führen.

Unser Antrag hat zum Ziel. Dass sich die Mandatsträger dafür einsetzen, die kommunalen Belange entschieden zu vertreten. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Mehrere von uns allerdings 2015 gestellte Anträge müssen noch im Kreistag und Kreisausschuss behandelt werden. Wir hoffen, dass dies in den anstehenden Sitzungen von Kreisausschuss und Kreistag passiert.

- ◆ Antrag auf Prüfung der Machbarkeit der Erlebnisgrube Mistelgau
- ◆ Antrag auf runden Tisch bezüglich der Flüchtlingsproblematik
- ◆ Antrag auf Auskunft bezüglich der Folgen des F-16 Absturzes

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Fraktion der SPD im Kreistag Landkreis Bayreuth



Liste der Anträge der SPD Fraktion

Vom Kreistag verabschiedete Anträge in der Umsetzungsphase in der Verwaltung

- | | |
|--|------|
| ◆ Seniorenpolitisches Gesamtkonzept | 2014 |
| ◆ Jugendhilfekonzept | 2014 |
| ◆ Antrag auf Weiterführung und Umsetzung des Konzeptes „Landkreis Bayreuth 2030“ | 2014 |

Vom Kreistag verabschiedete Anträge und von der Verwaltung abschließend behandelt

- | | |
|---|------|
| ◆ Klinikum | 2014 |
| ◆ Antrag auf Resolution zu Resolution TTIP und CETA | 2015 |
| ◆ Antrag bezügl. Kreislaufwirtschaftsgesetzes und der Verpackungsverordnung | 2015 |

Gestellte Anträge

- | | |
|--|------|
| ◆ Antrag auf Prüfung der Machbarkeit der Erlebnisgrube Mistelgau | 2015 |
| ◆ Antrag auf runden Tisch bezüglich der Flüchtlingsproblematik | 2015 |
| ◆ Antrag auf Auskunft bezüglich der folgen des F-16 Absturzes | 2015 |

Stephan Unglaub

Vorsitzender SPD Fraktion Kreistag Bayreuth